

Pressemitteilung vom 18. September 2014

Studie zu Risiken der Finanzierung von Atomenergie-Kosten. BUND fordert Übertragung von Rückstellungen der AKW-Betreiber in öffentlich-rechtlichen Fonds

Berlin: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat vor Risiken bei der Finanzierung von Atomenergie-Folgekosten gewarnt. „Verbleiben die bisher angesammelten rund 36 Milliarden Euro Rückstellungen für Stilllegung und Rückbau der Atomanlagen und für die Atommüll-Lagerung in der Hand der AKW-Betreiber, ist die Finanzierung der Ewigkeitskosten der Atomenergie infrage gestellt“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. Er verlangte die Überführung der Rückstellungen für die Lagerung des Atommülls in einen öffentlich-rechtlichen Fonds.

„Die von den AKW-Betreibern vorgeschlagene Stiftung, in die vorhandene Rückstellungen einfließen und im Gegenzug übernimmt der Staat die Verantwortung für die Folgekosten der Atomenergie, ist der falsche Weg. Damit würden enorme Risiken auf den Steuerzahler verlagert. Deshalb muss dringend dafür gesorgt werden, dass die Ewigkeitskosten der Atomenergie tatsächlich von den AKW-Betreibern getragen werden“, sagte Weiger anlässlich der Vorstellung der Studie „Atomrückstellungen für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung - Kostenrisiken und Reformvorschläge für eine verursachergerechte Finanzierung“.

In den zurückliegenden Jahrzehnten hätten die Betreiber deutscher Atomkraftwerke mit den Rückstellungen für die Atommüllentsorgung Zusatzprofite in Höhe von 79 Milliarden Euro erwirtschaftet, so der BUND-Vorsitzende. Für die zu erwartenden hohen Kosten der Atommüllentsorgung stehen die Rückstellungen jedoch im schlimmsten Fall nicht vollständig zur Verfügung, stattdessen sei sie in den Bilanzen und Gewinnen der AKW-Betreiber verschwunden, kritisierte Weiger.

Bettina Meyer vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS), das die Studie im Auftrag des BUND erstellt hat: „Niveau, Entwicklung und Struktur der Rückstellungen sind sehr unterschiedlich. RWE hat Atomrückstellungen von rund 1.300 EUR/kW gebildet, Vattenfall von über 2.000 EUR/kW. Es ist zweifelhaft, inwieweit diese Unterschiede sachlich gerechtfertigt sind. Deshalb muss die Transparenz der Atomrückstellungen deutlich verbessert und sie sollten unabhängig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.“

Die Studie habe auch ergeben, dass die Kostenübernahme durch die AKW-Betreiber für Stilllegung und Rückbau der Atomanlagen und für die Atommüll-Lagerung großen Risiken ausgesetzt sei. Nicht nur, dass bisher noch keine transparente und überprüfbare Kostenschätzung vorliege. Die Rückstellungen könnten zudem nicht ausreichen, um die tatsächlichen Kosten zu decken. Aufgrund technischer Unwägbarkeiten und relativ geringer Erfahrungen beim AKW-Rückbau und der Entsorgung ihrer strahlenden Hinterlassenschaften sei die Wahrscheinlichkeit von Kostensteigerungen in diesem Bereich besonders hoch. Zu befürchten sei auch, dass sich bis zum Zeitpunkt der Zahlungsfälligkeit die AKW-Betreiber bzw. deren Mutterkonzerne umorganisierten, um Zahlungsverpflichtungen zu umgehen. Insolvenzen seien ebenfalls nicht auszuschließen.

In der Studie wird außerdem die Intransparenz über die vorhandenen Rückstellungs-Gelder kritisiert. Es lägen nur unzureichende Informationen vor, für welchen genauen Zweck, für welches Kraftwerk und für welchen Zeitpunkt diese Mittel vorgesehen seien. Auch über Beweggründe für zurückliegende Aufstockungen bzw. Auflösungen der Rückstellungsbeträge lägen kaum Informationen vor.

Swantje Küchler vom FÖS: „Um diese unsichere Ausgangslage zu verbessern, sind neben Transparenz und Fondslösung für die langfristigen Kosten weitere politische Reformen notwendig. Zum Schutz der Rückstellungen vor Insolvenz muss die Verantwortung der Mutterkonzerne auf lange Zeit garantiert und durch weitere Instrumente abgesichert werden.“

Der BUND-Energieexperte Thorben Becker forderte, bei der Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fonds mögliche Kostensteigerungen zu berücksichtigen. Mit dem Fonds sollten die vorhandenen Rückstellungen gesichert werden, die AKW-Betreiber müssten jedoch auch für wahrscheinliche Kostensteigerungen haften.

Pressekontakt: Thorben Becker, BUND-Energieexperte, Tel. 030-27586-421,
E-Mail: thorben.becker@bund.net bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher, Tel. 030-27586-425/-489, Fax: 030-27586-440, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Swantje Küchler, FÖS Leiterin Energiepolitik, Tel. 030-7623991-50,
E-Mail: swantje.kuechler@foes.de